



Bayer AG
Communications
51368 Leverkusen
Deutschland
Tel. +49 214 30-1
www.bayer.com/de/medien

Presse-Information

Bayer Investor and Media Update Dienstag, 17. Februar 2026, Leverkusen

(Es gilt das gesprochene Wort)

(2026-1500)

Bill Anderson,

Vorstandsvorsitzender:

Unser Unternehmen hat heute einen wichtigen Meilenstein erreicht. Vor zwei Jahren hatten wir angekündigt, die Rechtsstreitigkeiten signifikant eindämmen zu wollen. Heute machen wir einen großen Schritt in diese Richtung. Monsanto hat in den USA eine Vereinbarung für einen Sammelvergleich mit Klägerkanzleien geschlossen, um aktuelle und mögliche künftige Glyphosat-Klagen beizulegen. Vorbehaltlich der gerichtlichen Genehmigung wird Monsanto gedeckelte jährliche Zahlungen leisten, die über die Zeit abnehmen – und das über bis zu 21 Jahre.

Warum machen wir das? Ich nenne Ihnen die drei wichtigsten Gründe dafür.

Erstens entscheiden wir uns für eine schnelle und weitreichende Eindämmung, statt die langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen fortzusetzen, die noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen könnten. Wir wollen, dass sich unser Unternehmen auf seine eigentliche Mission konzentrieren kann. Die rechtlichen Unsicherheiten haben das Unternehmen über Jahre stark belastet. Diese Vergleichsvereinbarung bietet jetzt einen Weg, diese zu beenden. Dafür müssen wir einen Preis zahlen – wir haben jedoch einen Plan für die Finanzierung, und die Belastungen sind über viele Jahre gestreckt. Wir lösen so auch eines der zentralen Versprechen ein, die wir vor zwei Jahren gegeben haben. Mit diesem Schritt wollen wir das Unternehmen von der Last dieser Rechtsstreitigkeiten befreien, so dass unsere Beschäftigten die Ressourcen beispielsweise auf Zell- und Gentherapien, dürreresistentes Saatgut und bessere Lösungen für die Gesundheit im Alltag konzentrieren können. Ich bin sicher, dass wir so mehr für unsere Mission „Health for all, Hunger for none“ erreichen – und auch bessere Kapitalerträge für Investoren.

Zweitens war der Zeitpunkt der richtige. Drei Jahre lang haben wir sehr intensiv daran gearbeitet, die Rechtsrisiken einzudämmen. Schließlich hatten wir einen Punkt erreicht, an dem die Klägeranwälte bereit waren, an den Verhandlungstisch zu kommen. Nach vielen Monaten schwieriger Verhandlungen hat Monsanto eine Einigung erreicht. Und diese Vergleichsvereinbarung muss jetzt von einem Gericht in Missouri genehmigt werden, wo die meisten Klagen anhängig sind.

Drittens gehen wir den Vergleich ein, weil dies eine wichtige Ergänzung zu dem Fall am Supreme Court ist, sodass insgesamt die Rechtsrisiken möglichst umfassend

eingedämmt werden. Beide Elemente sind unabhängig voneinander notwendig und verstärken sich gegenseitig. Diese Aussage möchte ich etwas ausführen. Die Vergleichsvereinbarung umfasst den Großteil heutiger und künftiger Fälle. Und sie wäre ohne die Entscheidung des Supreme Court, den Fall anzunehmen, nicht möglich gewesen. Die Bedeutung des Urteils des Supreme Court wiederum ist weitreichend. Eine Entscheidung zu unseren Gunsten würde auch Fälle abdecken, die von der Vergleichsvereinbarung nicht umfasst sind – darunter auch Urteile von erheblicher finanzieller Bedeutung für das Unternehmen, gegen die wir Rechtsmittel eingelegt haben. Zudem würden durch ein entsprechendes Urteil Anreize für Kläger reduziert werden, die Vergleichsvereinbarung abzulehnen. Und falls sie es doch tun, wäre dies durch das Urteil abgedeckt. Genauso wichtig ist die Frage des Vorrangs von Bundesrecht, für die das Urteil des Supreme Court absolut entscheidend ist. Es hat massive Konsequenzen für die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln, die bereits auf dem Markt sind oder noch entwickelt werden. Auch die Landwirte in den USA brauchen dringend Klarheit, wie Pflanzenschutzmittel dort reguliert werden.

Jede Unsicherheit bei regulatorischen Fragen könnte die Verfügbarkeit dieser essenziellen Produkte aufs Spiel setzen, was ernsthafte Konsequenzen für Landwirte und die amerikanische Lebensmittelproduktion haben könnte. Die Gerichte und Gesetzgeber – sowohl auf Bundesebene als auch in den einzelnen Staaten – müssen jetzt handeln. Ein Beispiel dafür: Wir planen das erste neue Herbizid seit einer Generation auf den Markt zu bringen: Icafolin. Und das voraussichtlich zuerst in Brasilien. Die Landwirte und Verbraucher in den USA haben Besseres verdient. Das Thema ist dringend, und es geht über Glyphosat hinaus. Die Vergleichsvereinbarung gibt keine Rechtssicherheit für kommende Innovationen – aber der US Supreme Court kann das. Deshalb haben wir eine mehrgleisige Strategie aufgesetzt und werden die unterschiedlichen Maßnahmen auch nach der heutigen Ankündigung fortsetzen.

Fakt ist auch: Dies ist nicht der erste Versuch eines Sammelvergleichs. Wir haben aber aus der Erfahrung gelernt und diese für die Ausgestaltung der jetzt vorliegenden Vereinbarung genutzt. Bill Dodero wird darauf gleich eingehen.

Neben dem Sammelvergleich hat sich das Unternehmen auch in anderen PCB- und Glyphosatfällen zu vertraulichen Bedingungen verglichen. Diese Vergleichsvereinbarungen führen inklusive der Rechtskosten zu einer Erhöhung der Rückstellungen und Verbindlichkeiten für die Rechtsstreitigkeiten.

Ich übergebe an Wolfgang, um das genauer zu erläutern und weitere Details zu den Finanzen zu geben.

Wolfgang Nickl,

Finanzvorstand:

Ich werde auf drei Punkte eingehen. Erstens: die Zusammensetzung der aktuellen Rückstellungen. Zweitens: eine Orientierung, was das für den Ausblick zum Free Cashflow bedeutet. Und drittens: unser Plan zur Finanzierung der Vergleichsvereinbarungen.

Zum ersten Punkt: Wir haben die Rückstellungen und Verbindlichkeiten für Rechtsstreitigkeiten von 7,8 Milliarden Euro auf 11,8 Milliarden Euro erhöht. Sie setzen sich hauptsächlich aus zwei Elementen zusammen: Zum einen Glyphosat, wo neben dem Sammelvergleich auch strategisch wichtige Vergleiche einfließen, sowie Verteidigungs- und andere Rechtskosten. Darüber hinaus gibt es den PCB-Komplex, zu dem die Vergleiche der bisher noch verbliebenen Urteile bezüglich des Sky Valley Education Center gehören sowie zwei Vergleiche mit US-Bundesstaaten und ebenfalls Verteidigungskosten.

Der zweite Punkt sind die Auswirkungen der Rechtsstreitigkeiten auf den Free Cashflow, die 2026 bei insgesamt 5 Milliarden Euro liegen dürften. Zum einen sieht der vorgeschlagene Sammelvergleich vor, dass der höchste jährliche Betrag in diesem Jahr aufgebracht werden muss. Zum anderen müssen wir dieses Jahr neben dem Sammelvergleich noch Zahlungen für weitere Vergleichsvereinbarungen zu Glyphosat und PCB leisten. Deshalb rechnen wir für 2026 mit einem negativen Free Cashflow. Ausführlicher informieren werden wir dazu bei der Bilanz-Pressekonferenz, die wir auf den 4. März verschieben.

Wie Bill erwähnt hat, ist ein wichtiges Element unserer Strategie zur Eindämmung, dem Unternehmen und seinen Stakeholdern mehr Klarheit und eine bessere Planbarkeit zu ermöglichen. Und für die Zahlungen bezüglich der Rechtsstreitigkeiten ergibt sich auf mittlere Sicht folgendes Bild: Nach den Auswirkungen auf den Free Cashflow im Jahr 2026 erwarten wir für die kommenden fünf Jahre jährliche Auszahlungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von ungefähr 1 Milliarde Euro. Danach sollten diese für den Rest der Periode von bis zu 21 Jahren deutlich abfallen. Diese Informationen sollen dazu dienen, Ihre Modellberechnungen zu erleichtern. Ich möchte aber daran erinnern, dass die Auszahlungen von vielen Faktoren abhängen, insbesondere der finalen Genehmigung des Sammelvergleichs.

Schließlich zur Finanzierung: Wir haben einen Plan ausgearbeitet, der unsere Liquidität und die Refinanzierung sicherstellt. Die unmittelbare Finanzierung ist durch eine Kreditlinie von 8 Milliarden US-Dollar gesichert, die wir heute unterzeichnet haben. Die Ausfinanzierung soll über Anleihen sowie Instrumente erfolgen, die Ratingagenturen eigenkapitalähnlich einstufen (Equity Credit). Wir planen nicht, die bereits genehmigte Kapitalerhöhung zu nutzen. Damit zurück zu Bill.

Bill Anderson,

Vorstandsvorsitzender:

Was die nächsten Schritte betrifft, so geht die Vergleichsvereinbarung jetzt durch den Genehmigungsprozess. Parallel werden wir unseren Fall vor dem Supreme Court darlegen, der eine Anhörung für den 27. April angesetzt hat. Darüber hinaus werden wir uns weiterhin für eine Regulierung einsetzen, die wissenschaftsbasiert ist und den Landwirten in den USA Klarheit gibt. Der heutige Schritt ist nicht der einzige zur Eindämmung der Rechtsstreitigkeiten – aber ein sehr wichtiger in unserer mehrgleisigen Strategie. Wir werden die nächsten Schritte intensiv begleiten. Und wir bleiben vorbereitet für alle möglichen Ergebnisse – nichts ist dabei vom Tisch.

Bevor ich das Wort übergebe, möchte ich noch auf einen wichtigen Punkt eingehen. Um es ganz klar zu sagen: Der Vergleich, den wir heute abgeschlossen haben, ändert nichts an der Wahrheit, die von Wissenschaftlern und Regulierungsbehörden weltweit weiterhin bestätigt wird: Glyphosat ist sicher und ein essenzielles Mittel für Landwirte in den USA und überall auf der Welt. Der Vergleich hat einen Preis, der über das Finanzielle

hinausgeht. Beschäftigte haben ihre Arbeit verloren und Ressourcen mussten von neuen Medikamenten und Saatgut auf die Rechtsstreitigkeiten verlagert werden. Die Klageindustrie kostet jeden US-Haushalt jährlich im Durchschnitt mehr als 4000 Dollar. Der Vergleich ist zwar wichtig für unser Unternehmen. Wir haben aber weiterhin große Vorbehalte gegen ein dysfunktionales Rechtssystem, das ihn erst nötig gemacht hat.

Damit übergebe ich an Bill Dodero, der auf mehr Details des vorgeschlagenen Vergleichs eingeht.

Bill Dodero,

Leiter Litigation und der Rechtsabteilung in Nordamerika:

Ich werde gleich auf mehr Details des Sammelvergleichs eingehen. Zunächst möchte ich aber noch einige Ergänzungen zu den Kernaussagen von Bill Anderson vornehmen. Wir setzen auf den Sammelvergleich und den Fall beim Supreme Court, um die größtmögliche Beilegung der Rechtsstreitigkeiten zu Roundup™ zu erzielen. Das bezieht sich sowohl auf aktuelle als auch mögliche künftige Klagen wegen Erkrankungen am Non-Hodgkin-Lymphom (NHL), von denen die Kläger behaupten, dass sie auf Roundup™ zurückzuführen seien. Diesen Klagen wollen wir entweder die Grundlage entziehen oder sie schnellstmöglich beilegen. Das ist der beste und sicherste Weg, damit sich Bayer wieder auf seine Mission konzentrieren kann. Sowohl der Sammelvergleich als auch der Fall beim Supreme Court sind dafür notwendig – und sie verstärken sich gegenseitig.

Das will ich erläutern:

Erstens ist der Fall Durnell beim Supreme Court wichtig, um erhebliche Schadenersatzurteile aufzuheben, gegen die noch Rechtsmittel anhängig sind, und die nicht durch den Sammelvergleich abgedeckt sind. Eine Entscheidung des Supreme Court würde auch Fälle abdecken, in denen sich Kläger entscheiden, die Vergleichsvereinbarung abzulehnen, obwohl sie dafür in Frage kämen.

Insgesamt würde durch ein Urteil aktuellen und künftigen Klagen die Grundlage entzogen, die sich auf eine angeblich fehlende Warnung nach dem Recht einzelner Bundesstaaten beziehen. Und das ist der zentrale Klagegrund bei allen bisherigen Roundup™-Fällen.

Wie Bill gesagt hat, würde ein Urteil des US Supreme Court auch die dringend benötigte Grundsatzentscheidung bringen. Das Gericht hat kürzlich die Frage zur Entscheidung angenommen, ob das relevante Bundesgesetz (Federal Insecticide, Fungicide and Rodenticide Act, FIFRA) Klagen wegen angeblich fehlender Warnung auf dem Produktlabel ausschließt, wenn die US-Umweltbehörde EPA diese Warnung nicht verlangt. Hier braucht es Klarheit, um Innovationen zu ermöglichen – und damit wir den Landwirten in den USA weiterhin essenzielle Mittel zur Verfügung stellen können, die für die Ernährungssicherheit nötig sind.

Wichtig ist: Die Entscheidung im Fall Durnell betrifft nicht nur Glyphosat bzw. Roundup™, NHL-Klagen oder die Landwirtschaft. Das Urteil kann auch größere Auswirkungen haben, weil andere Bundesgesetze – etwa in den Bereichen Medizintechnik, Fleischproduktion und der Automobilindustrie – gleiche oder sehr ähnliche Regelungen zum Vorrang von Bundesrecht enthalten. Gerichte berücksichtigen dabei häufig, wie Bundesrecht bisher interpretiert wird, selbst wenn es um unterschiedliche Gesetze geht.

Der Sammelvergleich soll dagegen sämtliche Anspruchsgrundlagen aus Roundup™-Klagen umfassen, bei denen es um NHL geht – ganz gleich, was der konkrete Klagegrund ist. Damit können also Rechtsstreitigkeiten beigelegt werden, die es auch nach einer Entscheidung des Supreme Court noch geben kann – unabhängig vom Klagegrund. Sonst würde sich eine Lösung weiter verzögern. Mit der Vereinbarung können wir die Rechtsstreitigkeiten durch einen strukturierten Prozess eindämmen, bei dem die Zahlungen definiert sind.

Damit komme ich zu den Details des Sammelvergleichs:

Die Vereinbarung wurde mit mehreren, in den USA führenden, Klägerkanzleien verhandelt, und sie unterstützen diese. Dazu gehören Holland Law Firm, Ketchmark & McCreight, Motley Rice, Seeger Weiss, Waters Kraus Paul & Siegel und Williams Hart & Boundas. Die starke Unterstützung zeigt, dass der Vergleich aus Klägersicht fair ist, und das ist wichtig für die Genehmigung durch das Gericht in Missouri. Gegen eine Genehmigung können dann noch Rechtsmittel eingelegt werden.

Die Vereinbarung deckt sowohl aktuelle als auch künftige Kläger in den gesamten USA ab, die vor dem 17. Februar 2026 eine Roundup™-Exposition hatten und entweder

bereits eine medizinische NHL-Diagnose haben, oder innerhalb von 16 Jahren nach Inkrafttreten des Vergleichs bekommen.

Es handelt sich um ein langfristig angelegtes Programm, das die lange Latenzzeit von NHL berücksichtigt, und bis zu 21 Jahre läuft.

Es wird einen umfangreichen Informationsprozess für Teilnehmer des Sammelvergleichs geben und diese werden die Möglichkeit haben, dagegen Einspruch einzulegen oder die Einbeziehung in die Vereinbarung abzulehnen. Monsanto kann die Vereinbarung wiederum ohne Zahlungen an die Kläger kündigen, wenn nicht eine ausreichende Zahl von ihnen daran teilnimmt.

Monsanto wird jährliche Zahlungen für den Sammelvergleich leisten, die gedeckelt sind und über die Jahre abnehmen, was dem Unternehmen finanzielle Planungssicherheit gibt. Die Auszahlungen an die berechtigten Teilnehmer erfolgen gestaffelt und werden nach Expositionsart, Alter bei Diagnose und NHL-Typ priorisiert.

Zum Schluss möchte ich auf zwei Kernfragen eingehen, die sich vermutlich viele von Ihnen stellen:

Zunächst: Was sind die weiteren Schritte? Die Klägeranwälte des Sammelvergleichs haben heute beim Circuit Court of the City of St. Louis in Missouri die vorläufige Genehmigung beantragt. Darüber muss das Gericht als nächstes entscheiden. Wird sie erteilt, werden die Kläger des Sammelvergleichs informiert, auch über ihre Möglichkeit, ihn abzulehnen oder Rechtsmittel dagegen einzulegen. Vor Gericht gibt es dann eine so genannte Fairness-Anhörung und das Gericht wird über eine finale Genehmigung entscheiden, wogegen auch wieder Rechtsmittel eingelegt werden können.

Zudem möchte ich für diejenigen, die sich an den vorgeschlagenen Roundup™ Sammelvergleich von 2020 erinnern, auf die wichtigsten Unterschiede zur heutigen Vereinbarung eingehen: Es handelt sich hier um ein langfristig angelegtes Entschädigungsprogramm, mit Mitteln für 21 Jahre, das so strukturiert ist, dass es in einem gemeinsamen Rahmen sowohl auf die Bedürfnisse heutiger als auch künftiger Kläger eingeht. Der frühere Vorschlag war ein kurzfristiges Programm, das für vier Jahre angelegt war und weniger Mittel umfasste. Zudem waren Rechtsstreitigkeiten nach der Vierjahresfrist von den Ergebnissen eines Wissenschaftsgremiums abhängig, das es

dieses Mal nicht gibt. Es handelt sich also um ein übliches, langfristig angelegtes Entschädigungsprogramm, das so auch bei anderen großen Produkthaftungsfällen in den USA zum Einsatz gekommen ist.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Unsere Strategie ist – durch den Sammelvergleich und den Fall beim Supreme Court – der beste Weg, um die Rechtsstreitigkeiten zu Roundup™ einzudämmen, so dass wir uns wieder der Arbeit widmen können, um die es bei unserer Mission im Kern geht.

Bill Anderson,

Vorstandsvorsitzender:

Wir haben heute dargelegt, wie sich das Unternehmen wieder auf seine Mission konzentrieren kann: Health for all, Hunger for none. Diese Mission motiviert 88.000 Beschäftigte bei Bayer, jeden Tag. Sie stehen hinter unserer wachsenden Pharma-Pipeline. Vor kurzem haben wir einen Durchbruch für die Schlaganfall-Prävention angekündigt, den wir möglichst schnell zu den Patienten bringen wollen. Die Beschäftigten stehen auch hinter einer konkurrenzlosen Zahl an Blockbustern für die Landwirtschaft, die wir in den kommenden zehn Jahren auf den Markt bringen wollen. Und sie stehen hinter Marken wie Aspirin™, Claritin™, Bepanthen™ und Elevit™, die wir in mehr Haushalte auf der ganzen Welt bringen wollen – vor allem in Ländern, die heute noch keinen Zugang haben. Wir sehen eine große Zukunft für unser Unternehmen und haben heute einen wichtigen Schritt gemacht, um den Weg dafür freizuräumen.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Diese Presse-Information kann bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen enthalten, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung von Bayer beruhen. Verschiedene bekannte wie auch unbekannte Risiken, Ungewissheiten und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier gegebenen Einschätzungen abweichen. Diese Faktoren schließen diejenigen ein, die Bayer in veröffentlichten Berichten beschrieben hat. Diese Berichte stehen auf der Bayer-Website www.bayer.com/de zur Verfügung. Die Gesellschaft übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Die Bayer AG ist eine Holdinggesellschaft mit weltweit operativen Tochterunternehmen. Wenn auf „Bayer“ oder „das Unternehmen“ referenziert wird, kann sich das – je nach Kontext – auf ein oder mehrere Tochterunternehmen beziehen.